E3 Im Osten geht die Sonne auf! - Unsere Forderungen für eine solidarische EU

Antragsteller*in:	Jusos Erfurt
Tagesordnungspunkt:	1 Begrüßung, Anwesenheit und Beschlussfähigkeitungspunkt

Antragstext

Im Osten geht die Sonne auf!

-

Unsere Forderungen für eine solidarische EU

Das „E“ in „EU“ steht nicht für Elysée-Vertrag und das „U“ nicht für Umsatzmaximierung. Die Wurzeln der Europäischen Union liegen in Westeuropa, aber ihre Blüten liegen im Osten unseres Kontinents.

Für mehr Zusammenstehen. Dieser „Osten“, gemeint sind damit jene Länder, welche 2004, 2007 und 2013 Mitglieder der EU wurden, wird auch hierzulande oft paternalistisch behandelt und gescholten, wenn er nicht nach der westeuropäischen Nase tanzt. Außer Acht gelassen werden dabei die fundamental unterschiedlichen Startvoraussetzungen von Ost-, und Westeuropa. Es ist klar, dass ein Läufer, welcher Minuten später starten darf als alle anderen, nicht sofort gleich auf sein kann. Osteuropa hatte und hat andere Startvoraussetzungen als die anderen Mitgliedsstaaten der EU. Angefangen mit dem Verbot der Inanspruchnahme von Geldern aus dem Marshallplan für die Länder auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs durch die Sowjetunion. Fortgesetzt durch die systematische Unterdrückung der Bevölkerung durch sowjetische Marionettenregierungen. Nach der Wende wurden schließlich die Märkte der osteuropäischen Staaten durch westeuropäische Investoren geflutet und die auf Planwirtschaft gepolte heimische Industrie konnte dem plötzlichen Druck des globalen Kapitalismus häufig nicht standhalten. All dies nachdem nicht nur zuhause in Thüringen, sondern überall in Osteuropa Menschen den oft friedlichen, aber teils auch blutigen Kampf für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte gewannen. Wir Thüringer, genau wie alle Menschen, welche in den neuen Bundesländern geboren und aufgewachsen sind, teilen diese Geschichte mit vielen Millionen Freund*innen in den osteuropäischen Staaten. Jene Werte, für welche die Menschen in der ehemaligen DDR und auch in vielen anderen Ländern des sog.

Ostblocks eingestanden sind, sind heute auch in Art. 2 des EUV festgeschrieben. Der Freiheitskampf Osteuropas hat die politische Integration Europas entscheidend vorangetrieben. Heute sind es die osteuropäischen Staaten, welche pro Kopf den größten Beitrag zur Ukrainehilfe leisten und über das größte Stück der EU-Landgrenze verfügen, im Baltikum sogar direkt an Russland grenzend. Die großen europäischen Herausforderungen, wie soziale Ungleichheit und Armut, der russisch-imperialistische Krieg gegen die Ukraine oder der Klimawandel, erfordern eine Zusammenarbeit aller europäischer Staaten und das auf Augenhöhe. Es muss klar sein, dass eine EU, welche es ernst meint mit gemeinsamen Werten und politischer Integration, ohne die osteuropäischen Staaten nicht funktionieren kann. Diesen Umständen muss auch in deutscher Europapolitik, gerade im Hinblick auf die Geschichte als geteiltes Land gebührend Rechnung getragen werden.

- **Wir fordern**, dass Deutschland solidarischer mit den osteuropäischen Staaten ist. Dazu gehört, dass Deutschland von der Praxis abrückt sich zusammen mit Frankreich als Führungsduo der EU anzusehen. In der Balance mit einer weiterhin starken deutsch-französischen Partnerschaft sollte Deutschland mehr in seine Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten, insbesondere zu unseren direkten Nachbarn Tschechien und Polen, investieren, auf gleichberechtigter Basis. Die Schaffung von neuen bi- und multilateralen Dialogforen, sowie die Intensivierung von bereits bestehenden Foren wie dem Weimarer Dreieck können hier Wege zum Ziel sein.

Für mehr Zusammenwachsen. Hierzulande profitiert man seit den EU-Beitritten entsprechender Länder im Zuge der Arbeitnehmerfreizügigkeit von der Arbeitskraft hunderttausender Menschen, welche oft in prekären Arbeitsverhältnissen unter schlechten Arbeitsbedingungen beschäftigt werden. Gründe für das massenhafte Abwandern von Menschen aus ihren osteuropäischen Heimatstaaten sind neben Perspektiv- und Arbeitslosigkeit, niedrige Lohnniveaus, Strukturschwäche und der Mangel and Arbeitsplätzen. In Europa darf gemäß der Niederlassungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit jede*r Bürger*in eines Mitgliedstaates den eigenen Lebens-, bzw. Arbeitsort frei wählen. Das Pendent zu diesen europäischen Grundfreiheiten ist die Freiheit in seiner Heimat wohnen zu bleiben, ohne von wirtschaftlichen oder politischen Zwängen zum Umzug gedrängt zu werden. Das massenhafte Abwandern von Menschen aus Osteuropa nach Westeuropa mit den benannten Gründen für dieses zeigt deutlich, dass viele Menschen in Osteuropa eben nicht nur aus Lust und Laune auswandern, sondern weil es in der EU immer noch ein sehr starkes Gefälle der Lebensverhältnisse gibt. Das Abwandern perpetuiert durch den damit verbundenen „Brain Drain“ zudem noch die bestehenden Verhältnisse und verfestigt sie. Der Wohlstand in Europa ist ungleich verteilt. Das ist viel mehr das Resultat der diametral auseinandergehenden Geschichten der europäischen Staaten, jenseits und diesseits des Eisernen Vorhangs, nach 1945 und der sich nach der Wende manifestierten Produktionsverhältnisse in Europa, als einer Stärke Westeuropas. Schätzungen zufolge wird etwa ein Fünftel des westeuropäischen BIPs in Osteuropa erwirtschaftet. Das liegt vor allem an der

wichtigen Rolle der osteuropäischen Staaten als Produktionsstandort oder Zulieferer westlicher Industrie, wie z. B. der deutschen Autoindustrie. Deutsche Unternehmen, insbesondere jene aus den alten Bundesländern, haben sich in den Jahren nach der Wende, befeuert durch niedrige Löhne und gute Investitionsbedingungen, in Osteuropa eine verlängerte Werkbank aufgebaut. Diese Entwicklung ist ein Bremsklotz für eine nachhaltige Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa, für ein Aufholen Ost. Der Internationalismus, der Europäismus und natürlich der Sozialismus sind Grundfesten unseres Verbands. Demnach ist es geboten, dass wir uns auch in der EU für eine faire und nachhaltige Umverteilung von wohlhabenden Regionen in weniger wohlhabende Regionen einsetzen. Wir sollten uns dabei vor allem für soziale Gerechtigkeit, bessere Bildung, marginalisierte Gruppen und gute Arbeit für fairen Lohn einsetzen. Für uns muss dabei das Wohlergehen des Individuums klar über dem Wohlergehen von Unternehmen stehen. Im Rahmen der Kohäsionspolitik hat die EU in den vergangenen Jahrzehnten in Form der Struktur-, und Entwicklungsfonds durchaus wirkungsvolle Instrumente entwickelt, um das Zusammenwachsen Europas auf regionaler Ebene und damit zielgerichteter als durch Förderung auf staatlicher Ebene, voranzutreiben. Zur Förderung des Aufbaus von lokaler Wirtschaft und guten Arbeitsplätzen in den Regionen der EU mit dem geringsten Wohlstand existiert der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE). Die Thüringer Wirtschaft profitiert auch von Mitteln aus diesem Fonds. Der Europäische Sozialfonds (ESF+) unterstützt Beschäftigung, Qualifikation, Bildung und soziale Integration, insbesondere auch von marginalisierten Gruppen (wie die Sinti und Roma in Rumänien und Bulgarien). Diesen beiden Fonds sind in ihrer Förderung so gestaffelt, dass eben jene Regionen in der EU, in welchen es den Menschen wirtschaftlich am schlechtesten geht, am stärksten gefördert werden. Faktisch liegt der Großteil eben jener Regionen in den osteuropäischen Staaten. Leider ist das Budget der Kohäsionspolitik im aktuellen mehrjährigen Finanzrahmen anteilig um ca. drei Prozent gesunken. Das ist ein Schritt rückwärts in Anbetracht der bestehenden sozialen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten innerhalb der EU, der Prozess des Aufholens Ost ist noch lange nicht beendet. Nur eine EU mit gerecht verteiltem Wohlstand und gleichsam „blühenden Landschaften“, Bildungs- und Chancengerechtigkeit in Ost und West, Nord und Süd, kann eine nachhaltige Zukunft für eine geeinte EU, jenseits purer wirtschaftlicher Zusammenarbeit bieten. Wir fordern, dass sich Deutschland in der EU für eine Aufstockung der Mittel der Kohäsionspolitik einsetzt.

- **Wir fordern** darüber hinaus, dass sich Deutschland dafür einsetzt, innerhalb der Kohäsionspolitik die Mittel für die Unterstützung von benachteiligten Individuen einsetzt. Eine Stärkung des ESF+ kann dahingehend zielführend sein.

Die Mindestlohnrichtlinie der EU, welche Oktober letzten Jahres das finale grüne Licht vom Europäischen Rat erhielt, ist ein gutes und längst überfälliges Mittel um die Situation von Arbeitnehmer*innen in ganz Europa nachhaltig zu verbessern. EU weit 80 % Tarifbindung sind ein ebenso ambitioniertes, wie erstrebenswertes

Ziel, welchem vor allem westeuropäische Länder schon sehr nah sind bzw. es schon erreicht haben. Tarifbindung sorgt langfristig meist für einen geringeren Niedriglohnsektor und angemessene Mindestlöhne. Gerade in den osteuropäischen Ländern mit ehemals staatlich festgelegten Einheitslöhnen, ist die Tarifbindung besonders niedrig. Faire Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedsstaaten würden auch dazu beitragen, dass osteuropäische Arbeitnehmer*innen, zumeist aus Rumänien oder Bulgarien, sich gezwungen sehen sich in Sub-, oder Subsubunternehmerarbeitsverhältnisse in Westeuropa zu begeben, welche teils einer Form der modernen Sklaverei gleichen.

- **Wir fordern**, dass jene Länder, welche besonders große Herausforderungen diesbezüglich zu bewältigen haben, im Besonderen aber nicht nur die osteuropäischen Staaten mit kommunistisch-autokratischer Vorgeschichte und aus diesem Grund besonders niedriger Tarifbindung und gewerkschaftlichen Strukturen, relativ stärker bei der Umsetzung der Mindestlohnrichtlinie unterstützt werden als jene Länder, welche bereits den Zielen der Richtlinie näher sind bzw. diese erreicht haben. Das Wohlergehen der Arbeitnehmer*innen muss dabei immer über den Profitinteressen deutscher Unternehmen stehen.

- **Wir fordern**, dass Sub-, und Subsubunternehmerverhältnisse und die damit verbundene Ausbeutung osteuropäischer Arbeitnehmer*innen sofort und effektiv bekämpft werden. Hierfür müssen branchenübergreifend die auftraggebenden Unternehmen für die Einhaltung von Lohn-, und Arbeitsstandards durch ihre Subunternehmer direkt haftbar gemacht werden. Dies sollte in Deutschland umgehend per Gesetz festgelegt und europaweit durch EU Richtlinie verankert werden.

Für mehr Zusammenleben. Ein grenzenloses Europa ist unser Ziel. Grenzenlosigkeit der EU nach Außen ist zum jetzigen Zeitpunkt leider eine Utopie. Nach innen jedoch wird dieses Ziel durch das Schengener Abkommen verwirklicht. Das Schengener Abkommen ist eine der größten Errungenschaften der EU und das grenzenlose Reisen innerhalb der EU wird auch hier in Deutschland von vielen Menschen zuvorderst genannt, wenn es um die sichtbarsten Vorteile der EU geht. In Thüringen kennen vielen Menschen das Gefühl einer harten Grenze, es war nicht nur eine harte Grenze, sondern gar der Eiserne Vorhang, welcher Thüringen von Westdeutschland abgrenzte. Diese unschöne Erfahrung teilen sie mit vielen Menschen, nicht nur in Ostdeutschland, sondern in allen Ländern des ehemaligen sog. Ostblocks. Heutzutage ist das Reisen innerhalb Europas viel einfacher geworden, auch in den östlichen Mitgliedsstaaten der EU. Erst im letzten Jahr wurde Kroatien, das jüngste EU-Mitglied, in den Schengenraum aufgenommen. Diese Aufnahme sollte allerdings ursprünglich eine Aufnahme des Trios Rumänien, Bulgarien und Kroatien werden. Die Europäische Kommission empfiehlt den Beitritt von Rumänien und Bulgarien bereits seit 2011 und im letzten Jahr hat sich auch das Europäische Parlament für einen Beitritt beider Länder zum Schengener Abkommen ausgesprochen. Unter teils fadenscheinigen Argumenten legten die

Niederlande und Österreich im Dezember letzten Jahres ihr Veto gegen einen Schengen Beitritt Rumäniens und Bulgariens ein. Das ist unsolidarisches Verhalten höchsten Maßes. Gerade die westeuropäischen Staaten profitieren am meisten von Arbeitsmigrant*innen aus diesen Ländern, welche dann dort auch noch in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt werden und oft, das wenige Geld, welches sie verdienen, noch in die Heimat schicken. Es darf keine EU-Mitglieder zweiter Klasse geben.

- **Wir fordern**, dass sich die deutsche Regierung im Europäischen Rat nachdrücklich und mit allen in ihrer macht stehenden Mitteln für den Beitritt von Rumänien und Bulgarien zum Schengener Abkommen einsetzt und den Druck auf Österreich und die Niederlande erhöht.

Das angestrebte Ziel sollte ein pluralistisches und gleichberechtigtes Europa sein, indem Solidarität über Profitabilität steht und die Nationalität niemandem zum Nachteil gereicht ob Bulgarisch oder Irisch. Wir sind für ein Europa das zusammen steht, zusammen wächst und zusammen lebt, ohne dabei zur Festung Europa zu werden.

Hoch die europäische Solidarität!

Begründung

erfolgt mündlich